Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Eurokrise
2. Massenarbeitslosigkeit ist systemrelevant
3. Gesundheitskosten gefährden Rating der stärksten Wirtschaftsnationen
4. Widersprüchliche Dynamiken am deutschen Arbeitsmarkt
5. DGB: Magerer Ausbildungspakt: Wirtschaft nutzt den Aufschwung nicht
6. Monopol-Kapitalismus
7. Harzkliniken investieren in ein neues Bettenhaus
8. Immer mehr Beschäftigte brauchen einen Zweitjob
9. »Die nehmen einen psychisch und moralisch in die Mangel«
10. Callcenter: Tricks mit Fördergeldern
11. Das privatisierte Gewaltmonopol
12. Umstrittener Politikerfreund Schmidt: Das System M@nfred
13. Steinbach-Eklat auf Twitter – “Die Nazis waren eine linke Partei”
14. Iran – US tells Israelis it won’t join their war
15. Teilnahme an Demo-Blockade – Linken-Chefs verlieren Immunität
16. Sextremistinnen
17. Friedrich Küppersbusch – Die Schutzmechanismen haben versagt
18. Thomas Wieczorek: Die rebellische Republik – Warum wir uns nicht mehr für dumm verkaufen lassen
19. Wer die Sendung “Neues aus der Anstalt” verpasst hat, hier zum Nachgucken

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Eurokrise**
    a. **Europa: Am Rande des Abgrunds, aber deutsch**
    Mit dem neuen europäischen “Fiskalpakt” verfestigt Berlin die deutsche Prägung fast des gesamten Kontinents. Der Vereinbarung, die eine rigide Sparideologie institutionalisiert und die Regierungen aller beteiligten Länder zu strikter Austeritätspolitik zwingt, stimmten zu Wochenbeginn 25 der insgesamt 27 EU-Mitgliedstaaten zu. Sie “beugten” sich damit der deutschen Kanzlerin, wie die

deutsche Presse sorgfältig vermerkt. Nur Großbritannien und die Tschechische Republik verweigerten sich dem deutschen Diktat. Dennoch nimmt die Kritik an der Krisenpolitik der Bundesregierung europaweit zu. Berlin lege "konsequent Veto gegen die einzigen Strategien ein", die "der Eurokrise Herr werden" könnten, heißt es in einem Beitrag in der Londoner "Times", der die Debatte in mehreren europäischen Hauptstädten befeuert. Hintergrund ist, dass das Berliner Spardiktat Griechenland über eine fatale ökonomische Abwärtsspirale systematisch in den Abgrund reißt und auch weitere europäische Staaten schwer zu schädigen droht. IWF und Weltbank warnen mittlerweile vor einer harten Rezession in der Eurozone. Einige der Maßnahmen, mit denen Berlin die Krise bewältigen zu wollen vorgibt, nutzen vor allem den wohlhabenden Staaten der EU, darunter Deutschland.
Quelle: German Foreign Policy

b. **Griechenland: klare Wachstumsstrategie entwickeln, Zukunftsindustrien aufbauen**
Griechenlands einzige Chance, wieder auf die Beine zu kommen, ist eine Wachstumsstrategie. Insbesondere brauche das Land eine Stärkung seiner industriellen Basis. Zu diesem Fazit kommt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). „Eine Politik, die vor allem auf einen Abbau der Staatsschulden ausgerichtet ist, verkennt dagegen die eigentlichen Probleme und wird deshalb die gesteckten Ziele auch kaum erreichen können", sagt Karl Brenke, wissenschaftlicher Mitarbeiter am DIW Berlin. Um die Wirtschaft Griechenlands zu stärken, empfiehlt Alexander Kritikos, Forschungsdirektor am DIW Berlin, einen „Marshallplan" aus EU-Mitteln, mit dem vor allem der Aufbau zukunftsträchtiger Industrien gefördert wird.
Quelle: DIW

c. **Spanien: desaströse Arbeitsmarktdaten für Januar**
Das spanische Arbeitsministerium berichtete heute Morgen für den Monat Januar 2011 von einem weiteren rasanten Anstieg der offiziell registrierten Arbeitslosenzahlen in den öffentlichen Arbeitsverwaltungen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg zum Vormonat um +177'470 bzw. um +4,07%, auf 4,599829 Millionen Spanier ohne Job. In allen Wirtschaftsbereichen stieg die Arbeitslosigkeit, in der Landwirtschaft um +6'282 neue Arbeitslose zum Vormonat, im Dienstleistungsbereich, um kräftige +132'531, in der spanischen Industrie um +15'105 und beim Bau um +16'347. Zum Vorjahresmonat stiegen insgesamt die registrierten Arbeitslosen um relevante +368'826 bzw. um +8,72%.

Quelle: Querschuesse

d. **Portugal in der Krise**
Eine hohe Arbeitslosenrate, knapper und teurer Kredit sowie massive Steuererhöhungen und Kürzungen bei Gehältern und Pensionen lassen den privaten Konsum und die Investitionen weg brechen. Die strenge Sparpolitik, zu der sich die Regierung im Rahmen des 78 Milliarden Euro schweren Rettungskredits von EU und IWF verpflichtete, zieht die Wirtschaft weiter nach unten…
So ist der Kurs der in knapp zehn Jahren fälligen Anleihe auf bis knapp 40 Prozent des Nennwerts von 100 Prozent gefallen, der Kurs der in zwei Jahren auslaufenden Anleihe sackte auf 80 Prozent ab…
So loben Vertreter der sogenannten Troika aus EU, IWF und EZB, die die Einhaltung des Kreditprogramms überwachen, dass in Portugal ein großer politischer Konsens über die Notwendigkeit der harschen Spar- und Anpassungsmaßnahmen besteht.
Quelle: Handelsblatt

Siehe auch: Welche Banken am meisten Geld an Portugal verliehen haben
Quelle: Handelsblatt

2. **Massenarbeitslosigkeit ist systemrelevant**
So langsam frage ich mich, weshalb die bürgerlichen Medien die Lüge um die Arbeitslosenzahlen immer wieder reproduzieren? »Die Arbeitslosenzahlen sind gesunken«, »Jobmarkt so stabil wie nie« bzw. »gute Jobchancen im Jahr 2012« schreibt SpiegelOnline am 31. Januar 2012. Dabei kann sich jeder, der einen Internetzugang sein Eigen nennt, bei arbeitsagentur.de ein Bild über die Zahlen machen. Was die Medien über die Erwerbslosigkeit in Deutschland schreiben, berichten und behaupten kann man nur noch als Propaganda bezeichnen. Die Bundesregierung, das statistische Bundesamt und die bürgerlichen Medien gehen derzeit von offiziell ca. 3 Millionen Erwerbslosen in Deutschland aus (Quelle: arbeitsagentur.de / Stand: Januar 2012). 4,5 Millionen Deutsche beziehen ALG 2, d.h. knapp 1,5 Millionen Menschen werden in ihrer Lohnarbeit so schlecht bezahlt, dass sie zusätzlich Hilfe vom Amt benötigen, sog. »Aufstocker«.
Quelle: Zeitgeistlos Blog
3. **Gesundheitskosten gefährden Rating der stärksten Wirtschaftsnationen**
Der starke Anstieg der Gesundheitskosten könnte für die Industrienationen langfristig den Verlust ihrer Top-Kreditwürdigkeit bedeuten. Das berichtet die Agentur Standard & Poor‘s (S&P) in ihrem Bericht „Mounting Medical Care Spending Could Be Harmful

To The G-20‘s Credit Health“, der gestern in Madrid erschienen ist. Darin hat S&P eine Kostensimulation der Jahre 2010 bis 2050 angestellt. Die finanziellen Lasten der Staaten durch die Gesundheitssysteme wachsen danach besonders im kommenden Jahrzehnt. Besonders schwer werde es für Europa, die USA und Japan. Der finanzielle Spielraum der Staaten werde immer geringer werden, zum einem, weil das Gesundheitssystem umfangreich sei, zum anderen, weil das Durchschnittsalter in diesen Gesellschaften zunehme.
Quelle: Ärzteblatt

Anmerkung unseres Lesers R.K.: *Damit auch dieser ‚Frontabschnitt‘ mal wieder unter ‚Beschuss‘ steht… Interessant auch das Fehlen jeglichen Kommentars seitens des Blattes.*

Ergänzende Anmerkung JB: *Hat Bernd Raffelhüschen nun einen Beratervertrag bei S&P? Bereits die Grundannahme ist (zumindest auf Deutschland bezogen) blanker Unfug, da jede seriöse Studie davon ausgeht, dass die Kosten für das Gesundheitssystem sich im gleichen Maße wie das Bruttoinlandsprodukt erhöhen werden. Ferner erweckt die Formulierung den Eindruck, als würde der Staat das Gesundheitssystem finanzieren. Das ist freilich blanker Unfug, sind die Gesundheitssysteme aller genannten Länder doch – trotz all ihrer Unterschiede – ausnahmslos Versicherungssysteme, bei denen die Kosten durch die Beiträge gedeckt werden. Was das nun mit den Rating der Staatsschulden zu tun haben soll, weiß wohl nur S&P … und vielleicht auch Bernd Raffelhüschen. Solche Meldungen sollte man ganz einfach ignorieren. Im Internetjargon würde man so etwas als „Trollen“ bezeichnen.*

4. **Widersprüchliche Dynamiken am deutschen Arbeitsmarkt**
   „Vom „kranken Mann Europas“ zum Beschäftigungswunder? Zunehmende Prekarisierung oder Stabilisierung von Beschäftigungsverhältnissen selbst in Krisenzeiten? Polarisierte Parallelwelten in einem grundlegend „dualisierten“ Erwerbssystem oder zwei Seiten derselben Medaille? Der Beitrag versucht, die widersprüchlichen Erscheinungen am deutschen Arbeitsmarkt in einen Zusammenhang zu bringen und so Forschungen anzuregen, die die Grenzen von Disziplinen und eingefahrenen Betrachtungsweisen überschreiten…“ Analyse von Matthias Knuth
   Quelle: WSI Mitteilungen 11/2011 [PDF – 1.2 MB]
5. **DGB: Magerer Ausbildungspakt: Wirtschaft nutzt den Aufschwung nicht**
   Das Plus von 1,8 Prozent bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen liegt weit hinter den Erwartungen und Ankündigungen der Arbeitgeber zurück. Die Zahl der

Neuverträge liegt mit 570.140 weit unter dem Niveau des Vorkrisenjahres 2008. Damals erhielten 616.342 junge Menschen einen neuen Ausbildungsvertrag. Glänzende Ausbildungschancen für junge Menschen sind leider noch immer eine Fata Morgana. Zwar rechnet der Ausbildungspakt nur mit rund 5.700 unversorgten Bewerbern. Er zählt aber mehr als 65.000 Bewerberinnen und Bewerber als versorgt, die keinen Ausbildungsplatz bekamen und sich mit Bewerbungstrainings, Einstiegsqualifizierungen und Praktika über Wasser hielten. Und das bei nur 29.500 offenen Plätzen. In Wahrheit ist die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber doppelt so hoch wie die Zahl der offenen Plätze. Allein im Jahr 2011 fehlten folglich mehr als 40.000 Ausbildungsplätze.
Viele Branchen, die lautstark über fehlende Auszubildende klagen, haben oft inakzeptable Ausbildungsbedingungen. Viele Betriebe sind einfach nicht ausbildungsreif: Sie bieten nur eine niedrige Vergütung. Viele Überstunden und unregelmäßige Arbeitszeiten sind „normal“. Hohe Abbrecherquoten von mehr als 40 Prozent und geringe Übernahmequoten sind nicht selten, gerade in Hotels und Gaststätten. Wenn junge Menschen nur als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden, bewerben sie sich in diesen Unternehmen nicht mehr. So kommen auf 100 gemeldete Stellen in der Gastronomie nur 37 registrierte Bewerber.
Während der Ausbildungspakt Jahr für Jahr eine entspannte Lage verkündet, ist laut Statistischem Bundesamt die Zahl der jungen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung mittlerweile bei 1,5 Millionen angekommen. Das sind immerhin rund 17 Prozent dieser Altersgruppe.
Quelle: DGB

6. **Monopol-Kapitalismus**
   Apple hat inzwischen 100 Milliarden Dollar in der Portokasse. Doch letztlich wird es der göttlichen Firma so gehen wie Rockefellers Standard Oil Company.
   Was wir heute mit der von der Digitalisierung voran getriebenen Monopolisierung marktbeherrschender Branchen erleben (siehe Apple), lief so ähnlich bereits vor 100 Jahren ab. Damals waren es die Öl- und Stahlgiganten, die sich durch Preisabsprachen mit der aufstrebenden Transportindustrie (Eisenbahnen!) einen uneinholbaren Vorteil verschafften und den Markt zu erdrosseln drohten. Diese Phase des Turbo-Kapitalismus ist vor allem mit dem Namen Rockefeller verbunden. Die von John D. Rockefeller 1870 gegründete Standard Oil Company kontrollierte nach wenigen Jahrzehnten die gesamte Öl-Verwertungskette und beherrschte 70 Prozent des Weltmarkts.
   Quelle: Wolfang Michal
7. **Harzkliniken investieren in ein neues Bettenhaus**
   Rund 20 Millionen Euro investieren die Asklepios Harzkliniken in die Sanierung des

bestehenden und in den Bau eines neuen Bettenhauses. Weitere fünf Millionen fließen in den Umbau eines Gebäudes in ein Ärztehaus. Rund 18 Millionen Euro der Kosten trägt das Land Niedersachsen.
Quelle: Goslarsche Zeitung

Anmerkung JB: *Diese Nachricht aus meiner Heimatstadt ist exemplarisch für viele andere gleichklingende Nachrichten aus anderen Städten und Kommunen. Erst wurden die Krankenhäuser zu Lasten der Allgemeinheit privatisiert, dann wurde auf dem Rücken des Personals ein gnadenloser Renditekurs eingeschlagen und als Kirsche auf dem Sahnehäubchen für die „Investoren" bezuschusst die öffentliche Hand die privaten Krankenhausunternehmen auch noch mit äußerst großzügigen Investitionsbeihilfen – im konkreten Fall immerhin 72% der Investitionssumme. Überflüssig zu erwähnen, dass das mit staatlichen Geldern gebaute Bettenhaus in den Besitz des Asklepios-Konzerns übergeht. Bei einer wünschenswerten – wenn auch nicht sehr wahrscheinlichen – Re-Kommunalisierung müsste die öffentliche Hand dann die von ihr finanzierten Gebäude vom privaten Betreiber zurückkaufen. Beschämend – aber keinesfalls ungewöhnlich – ist diesem Zusammenhang auch die betont neutrale Berichterstattung der lokalen Zeitung. Da regt man sich lieber journalistisch korrekt über den Schilderwald auf, wagt sich aber nicht an die wirklich relevanten Themen und beschwert sich dann über rückläufige Auflagen. Aber auch das ist exemplarisch für die gesamte Branche.*

8. **Immer mehr Beschäftigte brauchen einen Zweitjob**
   Teilzeit wider Willen: Fast jeder Zehnte Deutsche braucht einen Zweitjob zum Leben neben dem Hauptberuf – weil die Löhne nicht reichen. Mancher arbeitet für weniger als fünf Euro die Stunde. Grund genug für Verdi erneut den Mindestlohn zu fordern.
   Quelle: Frankfurter Rundschau
9. **»Die nehmen einen psychisch und moralisch in die Mangel«**
   Mitarbeiter eines Berliner Jobcenters spionieren einem Musiker im Internet nach, statt ihm zu helfen. Gespräch mit Leonard Kroppach. Leonard Kroppach ist Rapper und unter dem Künstlernamen »Tapete« bekannt. Er lebt von Hartz-IV.
   Quelle: Junge Welt

   Anmerkung: *S. dazu auch „Meinungsfreiheit? Aber doch nicht bei ALG II!"*

10. **Callcenter: Tricks mit Fördergeldern**
    Service-Center entstehen häufig dort, wo neue Arbeitsplätze öffentlich gefördert werden. Doch aus den vermeintlich sicheren und fair bezahlten Arbeitsplätzen werden Zug um Zug immer mehr prekäre Beschäftigungen.

Quelle: ARD Plusminus

Anmerkung H.M.: *Mit dabei die Bertelsmann-Tochter Arvato.*

11. **Das privatisierte Gewaltmonopol**
Der Strafvollzug muss in staatlicher Verantwortung bleiben – alles andere wäre gefährlich. Das staatliche Gewaltmonopol steht auf dem Spiel.
Quelle: Frankfurter Rundschau
12. **Umstrittener Politikerfreund Schmidt: Das System M@nfred**
Dem Bundespräsidenten bereitet er Ärger – jetzt kommen auch pikante Details über Manfred Schmidts Bekanntschaft zu anderen Politikern ans Licht. Kurt Beck ließ sich von dem Party-Manager einen Flug im Privatjet bezahlen, Grünen-Chef Özdemir feierte mit ihm eine Fußballsause.
Quelle: Spiegel

Anmerkung MB: *Ausgerechnet Özdemir lässt sich sponsorn; er hatte vor über zehn Jahren eine sehr unerquickliche Geschäftsbeziehung zu Moritz Hunzinger und war einer der Bundestagsabgeordneten in der so genannten Bonusmeilen-Affäre. Immerhin nimmt Özdemir Stellung zu den Vorwürfen. Dass er ein Fußballspiel Real Madrid / Barcelona selbst bezahlt haben will und dafür € 119,00 bezahlte, wirkt entweder naiv oder als wolle er uns für dumm verkaufen.*

13. **Steinbach-Eklat auf Twitter – "Die Nazis waren eine linke Partei"**
Die Vertriebenen-Funktionärin Erika Steinbach twittert erst seit wenigen Wochen – dafür aber umso intensiver: über Hitler, Stalin und die NSDAP, die sie als "linke Partei" bezeichnet. Eine Provokation, sagt Steinbach selbst. Kritiker und Historiker sind befremdet.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JB: *Über Erika Steinbachs wiederholte Totalausfälle muss man eigentlich keine großen Worte mehr verlieren. Es ist jedoch erstaunlich, dass der SPIEGEL die dummen Äußerungen einer Erika Steinbach auf Twitter – zu Recht – kommentiert, den „verdienten" Historiker und INSM-Botschafter Arnulf Baring, der exakt den selben Unfug sogar im Fernsehen äußert (bei 11:45), damit durchkommen lässt. Ist Twitter heute nachrichtenrelevanter als die „Münchner Runde" der Bayerischen Rundfunks?*

14. **Iran – US tells Israelis it won't join their war**
Chairman of the Joint Chiefs of Staff (JCS) General Martin Dempsey told Israeli leaders on January 20 that the United States would not participate in a war against Iran begun

by Israel without prior agreement from Washington, according to accounts from well-placed senior military officers.
Dempsey's warning, conveyed to both Prime Minister Benjamin Netanyahu and Israeli Defense Minister Ehud Barak, represents the strongest move yet by President Barack Obama to deter an Israeli attack and ensure that the US is not caught up in a regional conflagration with Iran.
But the Israeli government remains defiant about maintaining its freedom of action to make war on Iran, and it is counting on the influence of right-wing extremist views in US politics to bring pressure to bear on Obama to fall into line with a possible Israeli attack during the election campaign this autumn.
Quelle: Asia Times

15. **Teilnahme an Demo-Blockade – Linken-Chefs verlieren Immunität**
Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag die Immunität der Linken-Fraktionschefs Janine Wissler und Willi van Ooyen aufgehoben. Sie hatten vor zwei Jahren an der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches teilgenommen." […]
Das ist ein politischer Prozess", wetterte Wissler nach dem Landtagsbeschluss aufgebracht. Außer gegen sie und van Ooyen war nur gegen die Linken-Fraktionschefs aus Thüringen und Sachsen Anklage erhoben worden. "Genau davor soll uns die Immunität schützen", sagte die Politikerin. Es sei ein Skandal, dass man nach der kürzlich bekannt gewordenen Mordserie durch Neonazis nun ausgerechnet gegen die Menschen vorgehe, die sich jenen in den Weg stellten.
Quelle: HR

Anmerkung MB: *Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang, den verlinkten Videobeitrag der Hessenschau zu sehen. Dort wird erläutert, dass bei der betreffenden Demonstration in Dresden auch bundespolitische Prominenz anderer Parteien mitwirkte, gegen die kein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Außerdem wird in wenigen Wochen in Frankfurt am Main eine neue Oberbürgermeisterin bzw. ein neuer Oberbürgermeister gewählt werden. Zu den Kandidaten/innen gehören der hessische Innenminister Boris Rhein (CDU) und eben die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei Janinie Wißler. Die Annahme, dass hier politische Motive und sogar eine konkrete Wahlbeeinflussung im Vordergrund stehen, sind weder abenteuerlich noch eine Verschwörungstheorie.*

Anmerkung JB: *Das Vorgehen der hessischen CDU und der FDP ist einfach nur noch schäbig und skandalös. Genau die beiden Parteien, die Hals über Kopf im hessischen Steuerfahnderskandal stecken, heben die Immunität von zwei Linken-Politikern auf, die den A…. in der Hose hatten, um gegen den Rechtsextremismus auf die Strasse zu*

gehen.

16. **Sextremistinnen**
Wie bereits seit längerem bekannt, wurde “Döner-Morde” zum Unwort des Jahres 2011 gewählt. Das meldete unlängst auch die Zeitschrift “Emma” – aber nicht, ohne anzumerken, dass sie “Einvernehmlichen Sex” und “Unschuldsvermutung” für ebenso geeignet befunden hätte. […] Die Unschuldsvermutung ist eine der tragenden Säulen jedes Rechtsstaats. Wer sie ablehnt, der kann schwerlich argumentieren, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Deshalb kann man Personen, die gegen die Unschuldsvermutung wettern, durchaus als Extremisten betrachten – oder als Geschlechts-Extremistinnen beziehungsweise “Sextremistinnen”
Quelle: Telepolis
17. **Friedrich Küppersbusch – Die Schutzmechanismen haben versagt**
Nicht nur der Bundespräsident steht in der Kreditaffäre unter Beschuss, auch die Medien werden für ihre Berichterstattung über Christian Wulff kritisiert. Müssen FAZ und Süddeutsche jetzt zurücktreten? Ein Gespräch mit Journalist und TV-Produzent Friedrich Küppersbusch über Hysterie, Pressefreiheit und die Macht des Mainstreams. […]
-> Zurzeit sieht es eher so aus, als würde Kai Diekmann demnächst einen Starschnitt in der Bravo kriegen.
Ja, er ist der Stauffenberg der Pressefreiheit. Ich schlage vor, dass er künftig, wenn das mit dem Haar-Gel nicht kollidiert, eine wasserdichte Augenklappe bei der Verrichtung seiner Dienstgeschäfte trägt. Er hat die Entschuldigung von Wulff angenommen, deswegen kann die Abschrift seiner Mailbox eigentlich nie in Umlauf gekommen sein. Und die Kollegen bei der Süddeutschen und der Frankfurter Allgemeinen können daraus nie zitiert haben, weil sie ja seriös Quellen prüfen. Diese Quelle ist nie geprüft worden. Laut Diekmann hat niemand dieses Band je gehört.
Quelle: Journalist online

Anmerkung JB: *Diekmann als Staufenberg der Pressefreiheit? Ja, das passt! Danke, Herr Küppersbusch.*

18. **Thomas Wieczorek: Die rebellische Republik – Warum wir uns nicht mehr für dumm verkaufen lassen**
In der Gesellschaft gärt es. Die Risse in der Sozialordnung klaffen immer weiter auseinander: Umverteilung nach oben, Sparzwang nach unten. Die Bürger sollen die Folgen der Krise ausbaden und die letzten noch verbliebenen Sozialleistungen als angeblich nicht mehr finanzierbar opfern. Obendrein dürfen sie nun bis 70 arbeiten und froh sein, wenn sie überhaupt noch einen Job haben. Bestsellerautor Thomas

Wieczorek geht der aufgeheizten Stimmung in der Bevölkerung auf den Grund und zeigt, dass sich hier nicht nur zunehmende Empörung Luft verschafft. Die Menschen lassen sich nicht mehr länger für dumm verkaufen: Sie tun was und setzen sich zur Wehr – gegen Ausbeutung, Willkür und Sozialabbau!
Quelle: Verlagsgrupe Droemer Knaur

Anmerkung Bernhard Hau: *Das Buch empfehle ich, weil der Autor Thomas Wieczorek auch darin öfters darin Albrecht Müller, und Ihre Nachdenkseiten, erwähnt.*

19. **Wer die Sendung "Neues aus der Anstalt" verpasst hat, hier zum Nachgucken**
Quelle: ZDF Mediathek